

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1930**

195 (23.8.1930) Erwerbslosen-Tribüne



# Die Sozialdemokratie war es



... die durch die Volksbeauftragten 1918 die erste staatliche Arbeitslosenunterstützung einführte.

... die durch die Volksbeauftragten zuerst die Kurzarbeiterunterstützung einführte.

... die die Schaffung der Arbeitslosenversicherung forderte und durchsetzte.

... die durch den sozialdemokratischen Arbeitsminister Wissell die Unterstützungsdauer für die Krisenfürsorge ausdehnte.

... die im Herbst 1929 erfolgreich die Anschläge auf die Arbeitslosenversicherung abwehrte und Verbesserungen durchsetzte.

... die 1930 eher von der Reichsregierung zurücktrat, als in die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung einzuwilligen.

... die stets für die Interessen der Arbeitslosen und Arbeitenden kämpfte. Und die weiter kämpfen wird bis zum endlichen Sieg.

## Darum wählt Sozialdemokraten Liste 1

# Erwerbslosen-Tribüne

Informationsorgan für Erwerbslose

14. September: Sozialdemokraten!

Hakenkreuzlers Wahlparole:

## Mit Prinz Auwi gegen die Erwerbslosen!

Gläubst du, Erwerbsloser, daß die Partei deine Interessen vertritt, in der Seine Hoheit Prinz August Wilhelm von Preußen, Prinz Eitel Friedrich, Prinz Oskar von Preußen, Herzog von Coburg und weitere zwanzig Prinzen, Großherzöge, Herzöge und Fürsten Mitglied sind; daß die Partei für dich kämpft, die von dem Großindustriellen Kirdorf, dem Fabrikanten Beckstein, Beder und Mutschmann, dem Kommerzienrat Wollheim und unzähligen anderen Schloßbaronen und Großagariern unterstützt und ausgehalten wird; daß die Partei deine Rechte wahrnimmt, die im Reichstag alle sozialpolitischen Verbesserungen bekämpft, in den Länderparlamenten sozialdemokratische Arbeitsbeschaffungspläne niederstimmt, in den Kommunen Wohlfahrtsverwerbslosen die fargen Mittel verweigert und bei jeder anderen Gelegenheit praktisch ihre antisoziale Einstellung erweist; daß die Partei die zu Brot verhilft, die „Fremdrassige raus“ brüllt und für die Zulassung polnischer Schnitter ist; die über „Menscheneport“ zetert und durch ihre Mitglieder Deutsche nach Frankreich vermittelt; die der Ausbeutung angeblich den Kampf ansagt und Jugendliche durch Großagariern auf ihren Bandstellen ausbeuten läßt; daß die Partei dein Recht auf Unterstützung durchsetzt, die öffentlich gegen die Sozialpolitik kämpft, die Zwangsarbeit ohne Entgelt fordert und die Arbeitslosigkeit für unwesentlich hält,

die zum Abbau hegt und dich, Erwerbsloser, beschimpft und verleumdet? So aber treibt es die NSDAP! So leben die Hakenkreuzler aus!



Die Hakenkreuzler haben Prinzen und Fürsten zu Mitgliedern, also erklärt ihre Propagandaleitung am 15 Juni: „Wir Nationalsozialisten haben uns mindestens ebenso gegen die Fürstenteignung eingekämpft wie der Stahlhelm.“

Und die gleiche Propagandaleitung erklärt am gleichen Tage an derselben Stelle: „Nicht die Erwerbslosenfrage ist die Schlafsafrage des deutschen Volkes...“

Der Millionär Emil Kirdorf nennt Adolf Hitler „seinen lieben Freund“.

Und Adolf Hitler, der Millionärsfreund, fordert die Arbeiter auf, „endlich aufzuhören, in Lohn zu denken“.

Natürlich — er ist arrioiert. Er hat Luxusautos, er hat eine Neuzimmerwohnung. Hitler kann leicht die Arbeitenden und die Arbeitslosen verhöhnen. Er hats geschafft und weiß reiche Freunde hinter sich.

Seine Partei dient den Hohenzollern und der Schwerindustrie, die sich diese willige Schutztruppe hält, wie ein Staat seine Wehrmacht und ein Nachtwächter seine Bulldogge.

Für die Fürsten und gegen das Volk; für die Reichen und gegen die Armen; für die Satten und gegen die Hungernden — das ist die Praxis der Hakenkreuzer.

Und unsere Antwort darauf:

# Wählt Sozialdemokraten!



# Helfershelfer der Kapitalisten

Die Nationalsozialisten und die Arbeitslosenversicherung

Die Nationalsozialisten haben sich in allen Fragen, die die Arbeitslosenversicherung betreffen, als die treuen Helfershelfer der Kapitalisten erwiesen.

Seit ihrem Bestehen haben sie jede Gelegenheit benützt, um ihre Stimmen im Parlament gegen die Sicherung der arbeitslosen Volksgenossen in die Waagschale zu werfen. Beweise dafür fallen in großer Zahl erbringen.

So war es beim sogenannten Arbeitszeitnotgesetz, das die Arbeitsmarktlage noch verschlechterte und deshalb von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften scharf bekämpft wurde. Die Nazis standen auf der Seite der Bürgerblockparteien. Sie lehnten, eine würdige Gemeinschaft, das Gesetz durch.

Und so war es im Jahre 1927. Gezwungen durch die wachsende Not der Gewerkschaften und unter dem Druck der Sozialdemokratie wurde das Arbeitslosenversicherungsgesetz geschaffen. Wieder zeigte sich der reaktionäre Charakter der NSDAP:

Die Nazis haben dagegen gestimmt. Sozialdemokratie und Gewerkschaften kämpften mit aller Kraft darum, dieses Gesetz zu einem einigermaßen wirksamen Schutz für die Vermissten der Armen auszubauen.

Die Hakenkreuzler dagegen haben das Bürgerrecht bei diesen Kämpfen mit lächerlichen Phrasen und Redensarten unterhalten. Als unter dem wachsenden Druck der Wirtschaftskrise das Unternehmertum im Herbst vorigen Jahres keine politischen Handlanger verschickte, die Arbeitslosenversicherung zu verschlechtern, da haben die Nazis getreu ihrer Aufgabe an diesem Spiel mit verteilten Rollen teilgenommen.

Kein ernst gemeinter Antrag, nicht einmal den Versuch einer vernünftigen Begründung!

Phrasen, nichts als Phrasen

hörte man von den Nationalsozialisten. Darin haben sie, soweit das möglich ist, sogar noch die Kommunisten übertraffen. Mit Reden aber, und sind sie noch so demagogisch, ist den Arbeitslosen nicht geholfen. Die Hakenkreuzler haben fast ein Jahrzehnt Zeit gehabt, durch Taten zu beweisen, was hinter ihren großen Worten steht.

Das Ergebnis ist schmachvoll genug für sie: nichts, nichts, nichts haben sie getan!

Sorge dafür, Arbeitsloser, daß die Nazis im nächsten Reichstag nicht wieder deine Interessen verraten können. Der beste Weg dazu: am 14. September keine Stimme den Hakenkreuzlern, alle wählen Sozialdemokraten!

## Hitler macht sich bezahlt

Die Leute mit dem Hakenkreuz, die abends auf ihren Versammlungen so „radikale“ Reden hatten, daß die Lächerlichkeit nur von den eigenen Anhängern nicht bemerkt wird, und die vormittags auf den Stempelfellen aus dem

Clend der Arbeitslosen politisches Kapital schlagen wollen, dürfen es mit ihren Auftraggebern nicht verderben.

Kein Wunder, daß sie dann doppelzüngige Politik treiben müssen, denn ihre Auftraggeber — die Unternehmer, sind wahrhaftig nicht die Freunde der Arbeitenden und der Arbeitslosen.

Kapitänleutnant v. Müde, ehemals ein prominenter Hitleraner, hat offen erklärt, daß sich Herr Hitler sehr genau nach seinen Geldgebern, besonders jedoch nach dem Fabrikanten Macksmann richten muß. In mehreren Prozessen ist festgestellt worden, daß zu den Gönnern Hitlers Leute gehören, die in der Industrie eine bedeutende Rolle spielen. Es ist nachgewiesen, daß aus den

Taschen solcher Kapitalisten ansehnliche Beträge in die Parteilassen der Nationalsozialisten geflossen sind.

Arbeiter-Politik im Auftrag der Unternehmer. Niemand wird uns glauben machen, daß die Industriellen Gelder um der schönen Augen

Adolf Hitlers fließen. Die Wirtschaftskapitäne wissen, was sie an ihrem Hitler haben. Ihr Geld ist gut angelegt, das Verhalten der Nazis im Reichstag und in den Länderparlamenten beweist es. Kein Gewerkschafter kann dieser Unternehmerruppe keine Stimme geben.



## NAZI-HOHN über Erwerbslose

Die niederträchtigsten Verleumdungen der Arbeitslosen durch die Unternehmerpresse werden überboten in einer Schrift des Nationalsozialisten K. Schöpfer: „Arbeitsdienstjahr statt Arbeitslosenwirmarr“. Dieser Hitlerianer schwärmt für die verschleierte Wehrpflicht, Arbeitsdienstpflicht genannt, und wagt es, das „übliche Leben der Erwerbslosen“ so zu schildern:

„Langes Schlafen in den Tag hinein, eine Zigarette, dann Frühstück, wieder eine Zigarette; Ausbessern einer elektrischen Leitung, ein Gang vor der Haustür mit zwei Zigaretten, eine reinige Fahrradreparatur, dann auf zur eigentlichen und einzigen „Berufsarbeit“ des Erwerbslosen: Zur großen Stempelfahrt!“

Nach der Abstempelung: Herumstehen vor dem Arbeitsnachweis zwecks Aussprache über tagespolitische Fragen und Genuß einiger Zigaretten vor der anstrengenden Heimfahrt. Zu Hause auf energisches Verlangen sofortiges Bereitstellen eines kräftigen Mittagessens durch die Mutter. Nach dem Mittagessen:

Sofarube, verbunden mit dem Genuß einiger Zigaretten, und Zeitungslektüre. Dann Nachmittagskaffee. Darauf mehrstündiger Spaziergang mit der „Freundin“, die gleichfalls erwerbslos ist.

Da sie sparsamer ist als der „Freund“, kann man sich's auf Kosten ihrer Erwerbslosenunterstützung leisten, auch einmal in die Konditorei zu gehen oder man ißt bei ihr zu Abendbrot.

Das weitere findet sich: entweder man geht mit ihr ins Kino oder man geht mit seinen Freunden ein wenig kneipen. Man kann sich als Erwerbsloser auch erlauben, viel länger in die Nacht hineinzuwachen, denn man kann ja am nächsten Tag ausschlafen.“

## „die Nazi lehnten ab

In Sachen müdet die Arbeitslosigkeit besonders schlimm. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm eingebracht, das vielen tausenden Arbeitslosen Arbeit und Brot bringen sollte.

Schon bei der Ausschuhberatung dieser Arbeitsbeschaffungsanträge liehen die Nationalsozialisten jedoch ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Notlage der Erwerbslosen erkennen. Sie beteiligten sich zunächst überhaupt nicht an den Beratungen, verläumten aber nicht, sich in die Anwesenheitsliste einzutragen, um die Diäten zu retten. In späteren Sitzungen waren sie wohl anwesend, beteiligten sich aber weder an der Aussprache noch an den Abstimmungen.

Das Tollste aber leisteten sie sich bei der Abstimmung über das

Arbeitsbeschaffungsprogramm der SPD:

Die SPD beantragte für werkschaffende Arbeitslosenfürsorge 15 Millionen Mark; die Nazis stimmten dagegen.

Die SPD beantragte für Verbesserung der Staatsstraßen 15 1/2 Millionen Mark; die Nazis stimmten dagegen.

Die SPD beantragte für Unterhaltung von Straßen und Brücken 12 1/2 Millionen Mark; die Nazis stimmten dagegen.

Die SPD beantragte für Neubau von Straßen 8 Millionen Mark; die Nazis stimmten dagegen.

Die SPD beantragte für Wasser- und Uferbauten 900 000 Mark; die Nazis stimmten dagegen.

Die SPD beantragte für Darlehen zur Förderung des Kleinwohnungsbaus 7 Millionen Mark; die Nazis stimmten dagegen.

Die SPD beantragte Erfüllung des Wohnungsauprogramms (30 000 neue Wohnungen); die Nazis stimmten zwar zu, lehnten aber die Finanzierung ab.

Die SPD beantragte, die Arbeitsvermittlung durch die amtlichen Nachweise vorzunehmen; die Nazis lehnten ab.

Für alle diese berechtigten Forderungen der Sozialdemokraten wäre eine Mehrheit im Landtage vorhanden gewesen, wenn die Nationalsozialistische Arbeiterpartei für die sozialdemokratischen Anträge gestimmt hätte. Sie lehnte sie jedoch ab und leistete den Unternehmern Hilfsdienste.

# Das ist die Theorie.....



Trotz Hitlers Rückzug brüllen die Nazi bei jeder Gelegenheit ihr „Fremdrassige raus“.

Ein halbes Jahr lang haben die Nazi die Lüge verbreitet, wir seien für „Menschenexport“.

In übler Tatsachenverdrehung behaupten die Nazi, sie, die Kapitalknechte, seien gegen die Ausbeutung

Schwerste ohne Murken geübt und ertragen.“

Also Erfolg für die Wehrpflicht ist das Ziel. Wieder soll es Mischfakten und zweideutige fadenscheinige Fehdebel geben. Wieder Militarismus! Wir danken! Damit hilft man keinem Arbeitslosen.

## Zwangsarbeit für Taschengeld

Die Hitler-Leute haben für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine „Vatendienstpflicht“ gefunden. Ihre Parole heißt:

Einführung der Arbeitsdienstpflicht.

Sie wollen alle Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 21 Jahren ein Jahr lang in die Zwangsjade der Arbeitsdienstpflicht stecken. Die Dienstpflichtigen sollen vor allem auf dem Lande beschäftigt werden. Natürlich nicht gegen Tariftobn, sondern gegen „freien Aufenthalt, kostenfreie Verpflegung und Taschengeld“.

Einen kleinen Vorgeschmack von dieser Arbeitsdienstpflicht gibt ein Auspruch des Nazi-Stadtordeordneten Wolf in Plauen am 13. Mai 1930:

Die Arbeitsdienstpflicht-Kompagnien förmten die Löhler im Merseburger Brauereigebiet aufschütten und wenn sie den Dreck dazu mit Schubkarren aus dem Erzgebirge holen müßten.“

Eine feine „Lösung“ der Arbeitslosenfrage —

vielleicht beginnen die Herren Naziführer einmal mit dem Dreckfahren für Taschengeld.

Ihr Plan des Arbeitsdienstjahres bedeutet in erster Linie für die Großagrarier und Junker die zwangsweise Bereitstellung einer billigen Arbeitsknechtsarmee, die ihnen höhere Profite sichert.

Aber darüber hinaus erstreben sie ja noch etwas anderes mit der Dienstpflicht. Das „Östpreussische Tageblatt“ vom 12. Juli 1930 spricht das ganz offen aus:

„Nachdem das deutsche Volk die unersehliche Erziehung durch die allgemeine Wehrpflicht einwilligen verloren hat, muß in der Arbeitsdienstpflicht ein Ersatz geschaffen werden.“

Und der nationalsozialistische Abgeordnete Stöbe erklärte in der „Berliner Arbeiterzeitung“ am 3. März 1929:

„Schon die einheitliche Uniform würde über vieles hinwegsehen und die jungen Arbeitsdienstpflichtigen zusammenschmeißen... Auch an der Front wurde das

## Sozialpolitik im Dritten Reich

Die Unklarheit über die Beschaffenheit des kommenden „Dritten Reiches“ ist in den Reihen der NSDAP so groß, daß man selten aufschreiende Behauptungen nationalsozialistischer Größen darüber hört. Wenn aber einmal doch ein Zukunftsprophet seine Weisheit vom sich gibt, dann ist es auch danach. In Trais-Horloff bei Gießen hatten die Nazis eine Versammlung. Der Redner Beuke war wirklich offen:

„Trotz Deutschlands Verarmung habe man doch noch unzählige Stempelfabriken errichtet, um landlose Arbeiter zu unterhalten. Diese Unberücksichtigung müsse bestraft werden. Im Dritten Reich darf nur derjenige von der Allgemeinheit unterhalten werden, der infolge körperlicher Gebrechen keine Arbeiten verrichten kann. Also weg mit der Sozialversicherung.“

Und sowas nennt sich „Arbeiterpartei“

# ... und das die Praxis



... das hindert ihre prominenten Führer nicht, polnische Schlichter einzustellen — und Deutsche arbeitslos zu machen



... das hinderte den Nazimann Münch jedoch nicht, deutsche Arbeiter nach Frankreich zu verhandeln



... das hindert sie nicht, junge Deutsch durch Großagrarier auf ihren Landstellen ausbeuten zu lassen.